

Aktualisierung 2017

Einmischen oder zurückhalten?

Eine repräsentative Umfrage im Auftrag der
Körber-Stiftung zur Sicht der Deutschen auf die Außenpolitik



56% unterstützen eine Obergrenze für
die Anzahl von Flüchtlingen in Deutschland

74% sind der Meinung, Deutschland solle sich innerhalb
der EU für einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei einsetzen

54% lehnen Emmanuel Macrons Vorschlag
für einen EU-Finanzminister ab

88% wünschen sich, dass in der Verteidigungspolitik
in Zukunft die Partnerschaft mit den europäischen Staaten Vorrang vor der
Partnerschaft mit den USA hat

51% sind der Auffassung, die Verteidigungsausgaben
sollten nicht erhöht oder gesenkt werden, sondern auf dem
jetzigen Niveau bleiben

Einmischen oder zurückhalten?

Sicht der Deutschen auf die Außenpolitik

Migrationspolitik, Spannungen mit Russland und der Türkei, Kriege im Nahen und Mittleren Osten oder das neu zu justierende Verhältnis zu den USA – viele der aktuellen außenpolitischen Herausforderungen bleiben auch 2018 relevant und eine neue Regierungskoalition muss sich dieser annehmen. Was erwartet die deutsche Bevölkerung von einer neuen Bundesregierung? Welches sind die drängendsten Themen? Im Oktober 2017 hat die Körber-Stiftung erneut eine repräsentative Umfrage durchführen lassen, um die außenpolitischen Einstellungen der Deutschen zu erfassen. Im Rahmen einer Kooperation der Körber-Stiftung hat das Pew Research Center in Washington, DC, außerdem einige Fragen zum transatlantischen Verhältnis in den USA gestellt.

Die zentralen Ergebnisse:

- Einmischen oder zurückhalten? Obwohl die Bereitschaft für stärkeres deutsches Engagement bei internationalen Krisen seit 2014 leicht gestiegen ist, befürworten die Deutschen tendenziell außenpolitische Zurückhaltung (53 Prozent). Diese Werte ähneln denen der vergangenen zwei Jahre.
- Das deutsch-amerikanische Verhältnis wandelt sich: Im Vergleich zum Vorjahr nennen weniger Deutsche die USA als wichtigsten oder zweitwichtigsten Partner Deutschlands. Etwas mehr als die Hälfte beurteilen die deutsch-amerikanischen Beziehungen als eher oder sehr schlecht. Eine große Mehrheit wünscht sich, dass im Bereich Verteidigungspolitik in Zukunft die Partnerschaft mit den europäischen Staaten Vorrang vor der Partnerschaft mit den USA hat. Über zwei Drittel der Amerikaner bezeichnen die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA als eher gut oder sehr gut, doch nur wenige nennen Deutschland als wichtigsten oder zweitwichtigsten Partner ihres Landes.

- Frankreich bleibt wichtigster Partner: Zwar lehnt etwas über die Hälfte der Deutschen Emmanuel Macrons Vorschläge zur vertieften Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ab. Über 60 Prozent nennen Frankreich jedoch als wichtigsten oder zweitwichtigsten Partner Deutschlands.
- Migration bleibt eine der größten Herausforderungen: Über die Hälfte befürworten eine Obergrenze für Flüchtlinge in Deutschland. Afrika wird am häufigsten als Region genannt, auf die sich deutsches internationales Engagement fokussieren sollte. Obwohl Menschenrechtsschutz als sehr wichtig erachtet wird, befürwortet die Mehrheit, dass die EU zur Verringerung von Migration auch diejenigen afrikanischen Staaten beim Grenzschutz unterstützt, die für Menschenrechtsverletzungen bekannt sind. Drei Viertel befürworten, dass Deutschland gegenüber der Türkei eine harte Position einnimmt, auch wenn dies das Flüchtlingsabkommen gefährdet.

DATENBASIS:

1.005 wahlberechtigte Personen ab 18 Jahren in Deutschland im Zeitraum zwischen dem 4. und dem 18. Oktober 2017

Stichprobe / Erhebungsverfahren: Telefoninterviews (CATI), Repräsentative Zufallsauswahl / Dual-Frame-Ansatz (Festnetz- und Mobilfunkstichprobe, 35 Prozent Mobilfunkanteil).

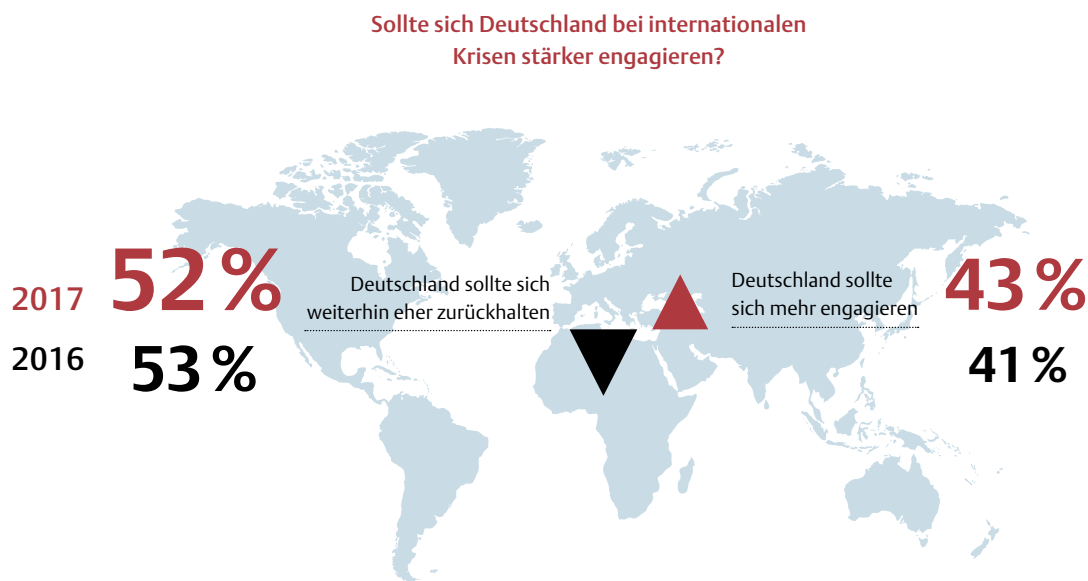
Internationale Verantwortung

Mehr Sicherheit, aber nicht mehr Engagement

Die Wahl von US-Präsident Donald Trump und die andauernden Konflikte in Europas Nachbarschaft haben die Diskussion um Deutschlands internationale Verantwortung auch 2017 nicht abebben lassen. Während international vielfach erwartet wird, dass Deutschland sein außenpolitisches Potenzial stärker nutzt, blicken die Deutschen weiterhin skeptisch auf ihre vermeintlich neue Rolle in der Welt: 52 Prozent sind für Zurückhaltung in internationalen Krisen, 43 Prozent befürworten stärkeres Engagement. Umfragen der vergangenen Jahre ergaben ähnliche Werte. Unter AfD-Wählern befürworten 78 Prozent Zurückhaltung. Bei anderen Parteien ist die Zustimmung bei FDP-Wählern am niedrigsten (42 Prozent) und bei CDU/CSU- und B'90/DIE GRÜNEN-Wählern am höchsten (48 Prozent).

Im Vergleich zum Vorjahr werden die Beziehungen zu den USA nicht mehr als größte Herausforderung für deutsche Außenpolitik wahrgenommen (im November 2016 waren es 30 Prozent). Das Thema Flüchtlinge bleibt nach wie vor wichtig. Erstmals seit Beginn der Erhebung durch die Körber-Stiftung wird Nordkorea als Herausforderung für deutsche Außenpolitik genannt.

Danach gefragt, welchen Zielen Deutschlands internationales Engagement dienen soll, nennen 71 Prozent die Gewährleistung der Sicherheit Deutschlands und seiner Verbündeten sowie Terrorismusbekämpfung als sehr wichtige Aufgabe. Es folgen Umwelt- und Klimaschutz (67 Prozent) sowie der Schutz der Menschenrechte (64 Prozent).

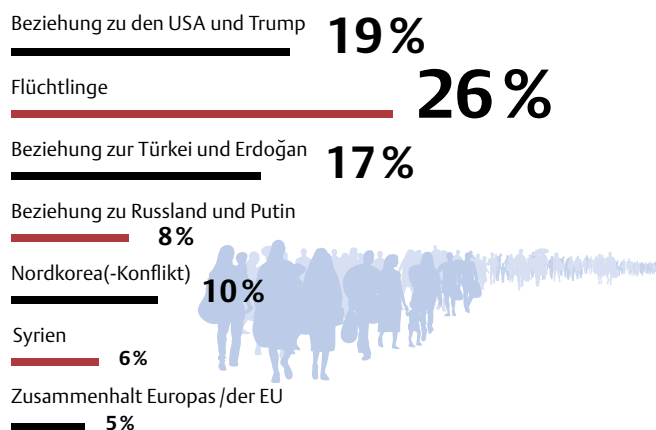


2017: Weiß nicht 3 %, keine Angabe 2 % | 2016: Weiß nicht / keine Angabe 6 %

Die Unterstützung anderer Staaten bei der Einführung demokratischer Regierungsformen sehen mit Abstand am wenigsten Deutsche als sehr wichtige Aufgabe internationalen Engagements (24 Prozent).

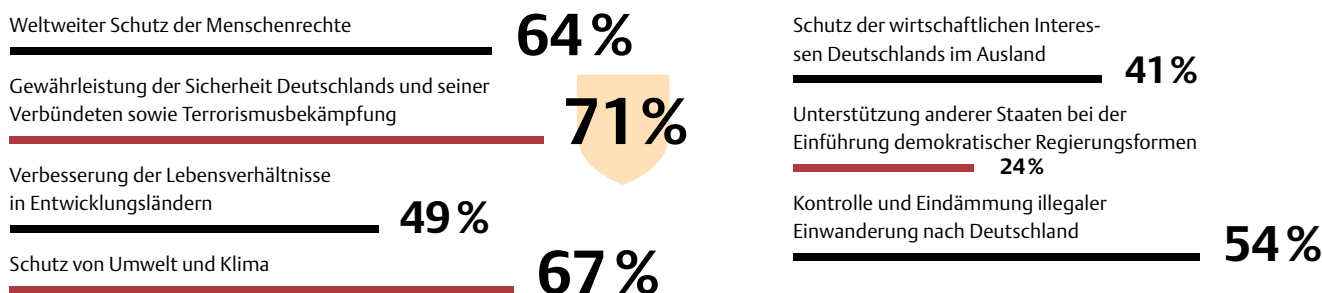
Den geografischen Handlungsrahmen deutscher Außenpolitik sehen die Deutschen klar in Europas Nachbarschaft. 38 Prozent sind der Auffassung, Deutschland solle sich in Zukunft am stärksten in Afrika engagieren, gefolgt von Russland und Osteuropa (23 Prozent) und dem Nahen und Mittleren Osten (17 Prozent). Nur sieben Prozent der Befragten erwähnen Asien. AfD-Wähler halten im Gegensatz zu anderen Wählerschaften Russland und Osteuropa klar für die wichtigste Region deutschen Engagements (42 Prozent).

Was sind die größten Herausforderungen für die deutsche Außenpolitik?



© iStockphoto.com / Route55

In welchen Bereichen ist internationales Engagement besonders wichtig?



Wähler aller Parteien nennen das Thema Sicherheit mit großer Mehrheit als besonders wichtig, bis auf Anhänger von B'90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Im Vergleich zu anderen Parteien empfinden am wenigsten AfD-Wähler den Schutz von Menschenrechten, die Verbesserung der Lebensverhältnisse in Entwicklungsländern sowie die Unterstützung beim Aufbau demokratischer Regierungsformen als sehr wichtig.

Herausforderung Migration

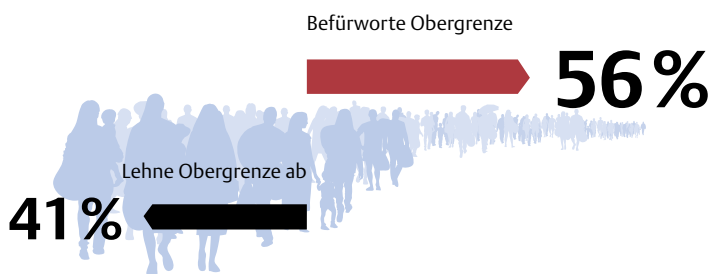
Mehrheit für Obergrenze

Flüchtlinge wurden bereits 2016 als zentrale Herausforderung für deutsche Außenpolitik genannt. 56 Prozent befürworten eine Obergrenze für die Anzahl von Flüchtlingen in Deutschland, wobei die Meinung je nach Parteianhängerschaft stark variiert. Wähler von B'90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE lehnen die Obergrenze mit großer Mehrheit ab (79 Prozent und 73 Prozent). Die SPD-Wähler sind gespalten, 50 Prozent sind für die Obergrenze und 50 Prozent dagegen.

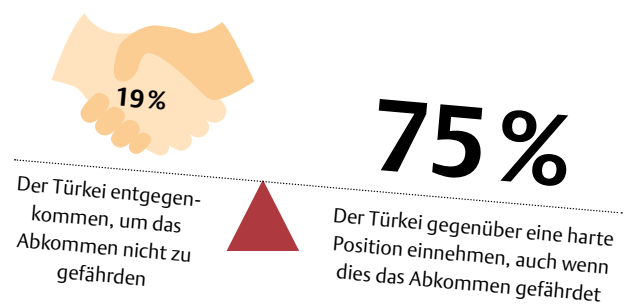
Implikationen für die Politik sind uneindeutig, denn die Aussagen der Befragten sind nicht frei von Widersprüchen: Obwohl 64 Prozent Menschenrechtsschutz für eine sehr wichtige

Aufgabe deutscher Außenpolitik halten, befürworten 59 Prozent, dass die EU zur Verringerung von Migration auch diejenigen afrikanischen Staaten beim Grenzschutz unterstützt, die für Menschenrechtsverletzungen bekannt sind. Vom Bundeswehreinsatz in Mali, der laut Bundesverteidigungsministerium auch der Bekämpfung von Fluchtursachen dient, geben 69 Prozent an, die Gründe für den Einsatz nicht zu kennen. Schließlich würden 75 Prozent befürworten, dass Deutschland gegenüber der Türkei eine harte Position einnimmt, auch wenn dies das Flüchtlingsabkommen gefährdet.

Befürworten Sie eine Obergrenze für die Anzahl von Flüchtlingen in Deutschland?



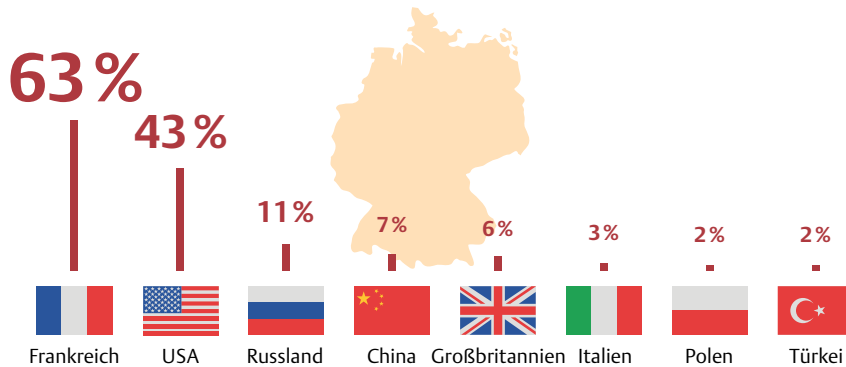
Das Flüchtlingsabkommen und Spannungen mit der Türkei: Wie sollte sich Deutschland verhalten?



Frankreich wichtigster Partner

Skepsis gegenüber Macrons Vorschlägen

Welches Land ist Deutschlands wichtigster Partner?



2016 lagen Frankreich und die USA als wichtigster bzw. zweitwichtigster Partner Deutschlands gleichauf, 2017 hat Frankreich überholt.

Anderes außereuropäisches Land 10 %, weiß nicht 31 %, keine Angabe 21 %

63 Prozent der Befragten nennen Frankreich als wichtigsten oder zweitwichtigsten Partner, gefolgt von den USA (43 Prozent). Im Jahr 2016 lagen Frankreich und die USA noch gleichauf (jeweils 60 Prozent). In Bezug auf die weiteren Länder zeigen sich im Vergleich zum Vorjahr kaum Veränderungen. Eine Umfrage der Körber-Stiftung vom September 2017 ergab außerdem, dass sich 90 Prozent der Deutschen in Zukunft mehr Zusammenarbeit mit Frankreich wünschen, in Hinblick auf die USA gaben dies 56 Prozent an.*

Bei Emmanuel Macrons Reformvorhaben hört der Frankreich-Enthusiasmus auf: 54 Prozent der Befragten lehnen seinen Vorschlag ab, dass die Euroländer in der Finanz- und Wirtschaftspolitik Kompetenzen abgeben und einen gemeinsamen Finanzminister schaffen. Außerdem gibt es keine Mehrheit für ein starkes deutsch-französisches Tandem als Motor der EU. Danach gefragt,

welche Partnerschaften für die Weiterentwicklung der EU von besonderer Bedeutung seien, gaben nur zwölf Prozent die deutsch-französische Zusammenarbeit an. Die meisten Befragten nannten die Gesamtheit der europäischen Mitgliedstaaten (40 Prozent), gefolgt von den Gründungsstaaten (39 Prozent).

Befürworten Sie den Vorschlag von Präsident Macron, dass die Euroländer in der Finanz- und Wirtschaftspolitik Kompetenzen abgeben und einen gemeinsamen Finanzminister schaffen?



Weiß nicht 6 %, keine Angabe 1 %

* Vergleiche Umfrage »Russland in Europa: Kalter Krieg in den Köpfen?«, verfügbar unter www.koerber-stiftung.de

Transatlantische Beziehungen

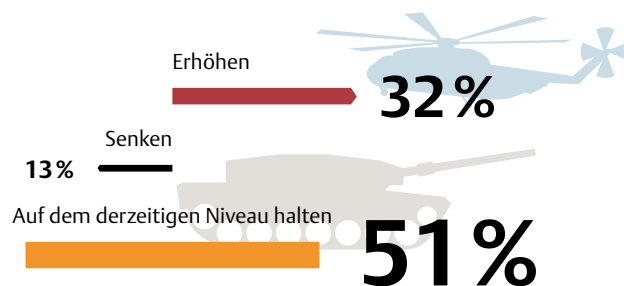
Deutsche pessimistischer als Amerikaner

Die transatlantischen Beziehungen sind im Wandel begriffen und werden dies- und jenseits des Atlantiks unterschiedlich wahrgenommen. Dies ergab eine Kooperationsumfrage mit dem Pew Research Center, in deren Rahmen ausgewählte Fragen der vorliegenden Umfrage ebenfalls in den USA gestellt wurden.

Im Vergleich zu 60 Prozent im Vorjahr nennen nur noch 43 Prozent der Deutschen die USA als wichtigsten oder zweitwichtigsten Partner Deutschlands. In den USA nennen nur zwölf Prozent Deutschland als wichtigsten Partner. Den Zustand des deutsch-amerikanischen Verhältnisses sehen die Deutschen pessimistischer als die Amerikaner. 56 Prozent beurteilen die Beziehung als eher oder sehr schlecht, in den USA sehen dies nur 22 Prozent so. 68 Prozent der

Amerikaner halten die Beziehungen für eher gut oder sehr gut, in Deutschland sind es 42 Prozent. In beiden Ländern werden die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen als wichtige Basis der bilateralen Beziehungen gesehen (45 Prozent in Deutschland, 33 Prozent in den USA). Meinungsunterschiede bestehen dennoch: Nur 21 Prozent der Amerikaner halten gemeinsame Wertvorstellungen und Demokratie für die wichtigste Basis, gegenüber 35 Prozent der Deutschen. Umgekehrt halten nur 16 Prozent der Deutschen die Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung für die wichtigste Basis, im Vergleich zu 34 Prozent der Amerikaner. Zudem wünschen sich 88 Prozent der Deutschen, dass im Bereich Verteidigungspolitik in Zukunft die Partnerschaft mit den europäischen Staaten Vorrang vor der

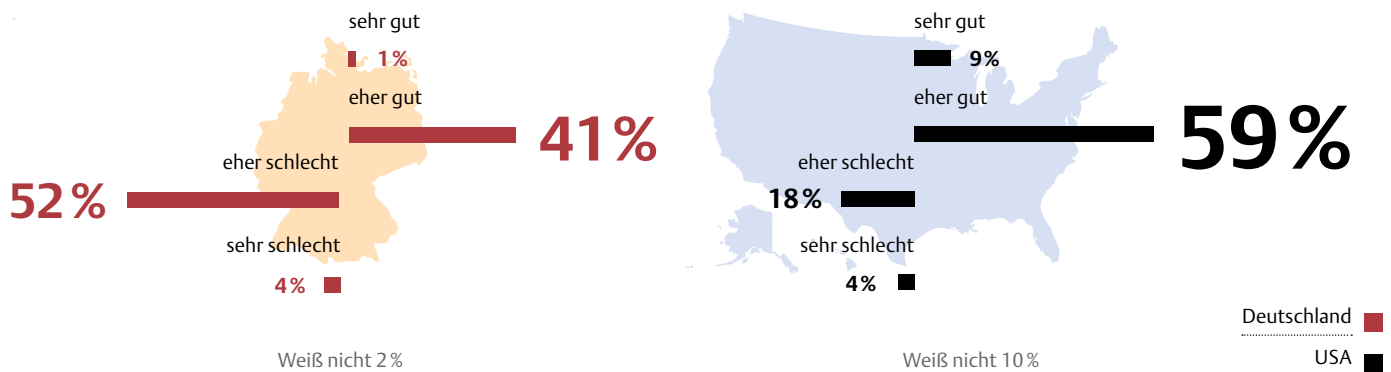
Sollte Deutschland die Verteidigungsausgaben erhöhen?



Die Zustimmung für eine Steigerung der Ausgaben ist unter AfD- und FDP-Wählern am höchsten.

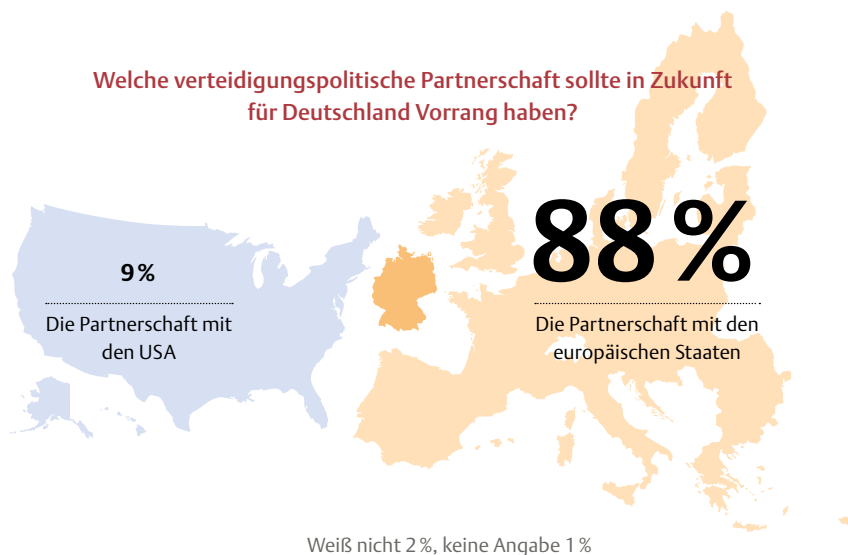
Weiß nicht 3 %, keine Angabe 1 %

Wie würden Sie die momentanen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA bewerten?



Ergebnisse aus den USA Pew Research Center

Welche verteidigungspolitische Partnerschaft sollte in Zukunft für Deutschland Vorrang haben?



Partnerschaft mit den USA hat. Unter AfD- und FDP-Wählern wird die Partnerschaft mit den USA im Vergleich noch am wichtigsten bewertet (21 Prozent und 13 Prozent). Auf die Kernforderung dieser und vergangener US-Regierungen, Deutschland und andere europäische Verbündete sollten ihre Verteidigungsausgaben erhöhen, reagieren die Deutschen ebenfalls verhalten: Laut 51 Prozent der Deutschen soll das derzeitige Niveau der Ausgaben beibehalten werden, 32 Prozent befürworten eine Erhöhung. Die Zustimmung für eine Steigerung der Ausgaben ist unter AfD-Wählern mit 48 Prozent am höchsten, bei den anderen Parteien liegt dieser Wert zwischen

17 Prozent (DIE LINKE) und 40 Prozent (FDP). Doch auch die Amerikaner sind in Bezug auf diese Frage nicht eindeutig: Zwar wünschen sich 45 Prozent eine Steigerung der Verteidigungsausgaben seitens der Alliierten, doch 37 Prozent sehen keinen Änderungsbedarf.

Schließlich halten die Deutschen enge Beziehungen zu den USA zwar tendenziell für wichtiger als enge Beziehungen zu Russland, die Werte liegen jedoch nicht weit auseinander (42 Prozent gegenüber 32 Prozent). Befragte in Ostdeutschland sowie Wähler von AfD und DIE LINKE halten enge Beziehungen zu Russland für wichtiger als enge Beziehungen zu den USA.

Zukunft der EU

Kein Beitritt der Türkei, Brexit Nebensache

Nach wie vor sehen die Deutschen die EU aufgrund von Herausforderungen wie Terroranschlägen, Flüchtlingsbewegungen und den Auswirkungen der Finanzkrise mehrheitlich nicht auf dem richtigen Weg (59 Prozent, im Vergleich zu 62 Prozent im Vorjahr). Auf die möglichen Auswirkungen des Brexit reagieren die Deutschen jedoch eher gelassen: Zwar sind 39 Prozent der Ansicht, der Brexit werde der EU eher schaden als nutzen, doch fast die gleiche Anzahl der Befragten gibt an, der Brexit werde keine großen Auswirkungen auf die EU haben (37 Prozent). Zur eigenen Rolle in der EU geben 51 Prozent an, dass Deutschland im richtigen Maße Kompromisse eingehe und seine Interessen vertrete. 31 Prozent wünschen sich ein dominanteres Auftreten zu Gunsten der eigenen Interessen. Laut einer Umfrage der Körber-Stiftung aus dem Vorjahr stimmten 59 Prozent der Deutschen eher oder voll und ganz der Aussage zu, dass Deutschland seine Führungsposition innerhalb der EU ausbauen sollte.*

* Umfrage »Zweifel oder Zuversicht. Die Deutschen und Europa«, verfügbar unter www.koerber-stiftung.de

Sollte sich Deutschland innerhalb der EU für einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei einsetzen?

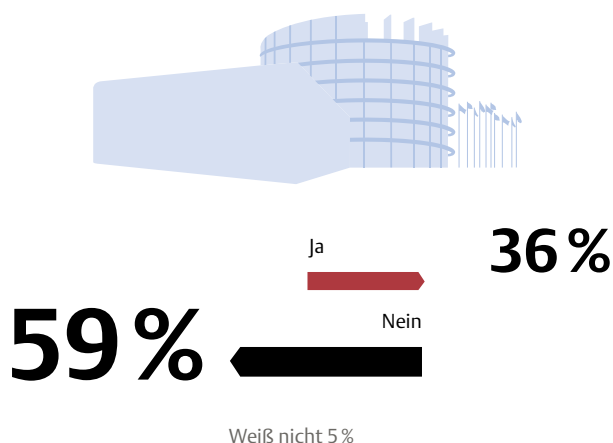


Die große Mehrheit für einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei besteht unabhängig von Bevölkerungsgruppen und Parteianhängerschaft.

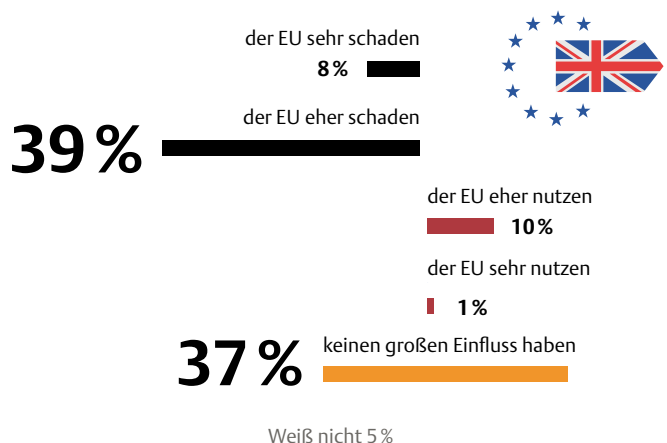
Weiß nicht 4 %, keine Angabe 1 %

Entschieden sind die Befragten beim Thema EU-Erweiterung: 66 Prozent lehnen eine Erweiterung der EU um die Staaten des Westbalkans ab. 74 Prozent sind der Ansicht, Deutschland solle sich innerhalb der EU für einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei einsetzen, und dieser Konsens besteht unabhängig von Bevölkerungsgruppen und Parteianhängerschaft.

Ist die EU auf dem richtigen Weg?



Wie wird sich der Brexit auf die EU auswirken? Wird er ...





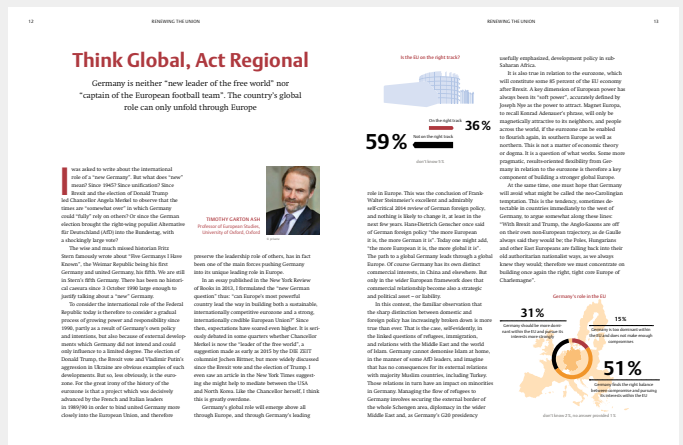
64 Seiten mit zahlreichen Abbildungen
in englischer Sprache

THE BERLIN PULSE

Deutsche Außenpolitik zwischen nationalen und internationalen Erwartungen

Seit Mai 2014 veröffentlicht die Körber-Stiftung regelmäßig repräsentative Umfragen über die Einstellung der Deutschen zur Außenpolitik. In THE BERLIN PULSE, der neuen außenpolitischen Publikation der Körber-Stiftung, werden die Umfrageergebnisse durch internationale Perspektiven auf deutsche Außenpolitik ergänzt und reflektiert.

Zu den Autoren der ersten Ausgabe zählen u. a. NATO-Generalsekretär
JENS STOLTENBERG
und die ehemalige US-Außenministerin
CONDOLEEZZA RICE.



Alle Meinungsbeträge, detaillierten Ergebnisse und vorherigen Umfragen sind abrufbar unter:
www.theberlinpulse.org

Die Körber-Stiftung

Gesellschaftliche Entwicklung fordert kritische Reflexion. Die Körber-Stiftung stellt sich mit ihren operativen Projekten, in ihren Netzwerken und mit Kooperationspartnern aktuellen Herausforderungen in den Handlungsfeldern Demografischer Wandel, Innovation und Internationale Verständigung. Die drei Themen »Neue Lebensarbeitszeit«, »Digitale Mündigkeit« und »Russland in Europa« stehen derzeit im Fokus ihrer Arbeit.

1959 von dem Unternehmer Kurt A. Körber ins Leben gerufen, ist die Stiftung heute mit eigenen Projekten und Veranstaltungen national und international aktiv. Ihrem Heimatsitz Hamburg fühlt sie sich dabei besonders verbunden; außerdem unterhält sie einen Standort in Berlin.

Kontakt

Körber-Stiftung
Hauptstadtbüro
Pariser Platz 4a
10117 Berlin
Telefon +49 30 · 206 267 - 60
Telefax +49 30 · 206 267 - 67
E-Mail ip@koerber-stiftung.de
www.koerber.stiftung.de
Facebook www.facebook.com/KoerberStiftungInternationalAffairs
Twitter @KoerberIP

Impressum

»Einmischen oder zurückhalten?«,
durchgeführt von KANTAR PUBLIC,
Deutschland für die Körber-Stiftung,
Aktualisierung Oktober 2017
Herausgeber: Körber-Stiftung, Hamburg
V.i.S.d.P.: Dr. Lothar Dittmer
Auswertung: Liana Fix, Luise Voget
Redaktion: Luise Voget
Gestaltung: Groothuis. Hamburg | groothuis.de

© Körber-Stiftung 2017

Internationale Verständigung

Wo Missverständnisse und Sprachlosigkeit regieren, wachsen Konflikte, die oftmals in der Vergangenheit gründen. Darum setzen wir uns für die Verständigung zwischen den Völkern und für ein tieferes Geschichtsverständnis ein. Mit unserer Arbeit wenden wir uns an politische Entscheider ebenso wie an Kompetenzträger der jungen Generation. Geografisch fokussieren wir uns auf Europa, Russland, den Nahen Osten und Asien, insbesondere China. Wir identifizieren historische Wurzeln aktueller Konflikte, stärken länderübergreifend die lokale Geschichtsarbeit und Expertenforen zu Austausch und Debatte. In unseren außen- und sicherheitspolitischen Formaten schaffen wir geschützte Räume für eine vertrauensvolle und sachorientierte Diskussionskultur. In den öffentlichen Formaten, mit Publikationen, mit Wettbewerben und Netzwerken wollen wir den Diskurs über die geteilten europäischen Werte stärken.